**Paris, 23. Januar.** Außer der Ernennung Desprez zum Botschafter beim Vatikan wird das „Journal officiel" morgen folgende Personal-Veränderungen im Auswärtigen Ministerium publiciren: Meucand und Faugere treten in den Ruhestand, Herbette wird zum Direktor für Personalien, Courcel zum Direktor für die politischen Angelegenheiten, Herzog Blouy und Coutouly zu seinen Unterdirektoren, Jägerschmidt zum Direktor der Konsulate, Gueroult zum Direktor der Archive u. Bouree zum Gesandten in Pecking ernannt.

**Nacht-Telegramme.**

# Dresdner Nachrichten

**Tageblatt für Politik, Unterhaltung, Geschäftsverkehr. Börsenbericht, Fremdenliste.**

Mitredacteur: Dr. **Emil Bierey.** Für das Feuill.: **Ludwig Hartmann.** Druck und Eigenthum der Herausgeber: **Liepsch & Reichardt** in **Dresden.** Verantwortl. Redacteur: **Heinrich Pohlenk** in **Dresden.**

Inserate werden Marienstraße 13 bis Abds. 5 Uhr angenommen, Sonntags bis Mittags 12 Uhr. Zu Neustadt nur an Wochentagen: gr. Klostergasse Nr. 5 bis Nachm. 4 Uhr. — Der Raum einer einspaltigen Petitzeile kostet 15 Pfge. Eingesandt die Zeile 30 Pfge.

Eine Garantie für das nächsttägige Erscheinen der Inserate wird nicht gegeben.

Auswärtige Annoncen-Aufträge von uns unbekannten Firmen und Personen übernehmen wir nur gegen Pränumerando-Zahlung durch Briefmarken oder Nachnahme. Für Gelder leisten 15 Pfge. Inserate für die Montags-Nummer oder nach einem Feiertage die Petitzeile 20 Pfge.

**Koppel & Co., Bankgeschäft,** Schloss-Strasse 14, gegenüber der Sporergasse. An- und Verkauf aller **Staatspapiere, Pfandbriefe, Actien** etc. Auszahlung aller Coupons. Unentgeltliche **Controle** der **Verloosung** aller Werthpapiere. Alles auch auf brieflichem Wege. **Domicilstelle für Wechsel.**

**Emil Hirschfeld's Reit-Institut, Tattersall u. Pensionsstallungen. 2 Struvestrasse 2.** Elegant und comfortabel eingerichtete Reitbahn, Garderoben u. Stallungen. Vorzüglicher Reitunterricht für Damen, Herren u. Kinder zu jeder Tageszeit. Ausleihen eleganter Reitpferde u. Fahrgeschirre zum Selbstkutschiren. Aufnahme von Pensionspferden. Grosse Auswahl von Reitpferden zum Verkauf.

**Nr. 24. 25. Jahrg. 1880.** Witterungsaussichten: Wenig Aenderung. **Dresden. Sonnabend, 24. Januar.**

## Für die Monate Februar und März

**werden Abonnements auf die „Dresdner Nachrichten" in der Expedition, Marienstraße Nr. 13, zu 1 Mark 70 Pfg., sowie für auswärts bei den Postämtern zu 1 Mark 84 Pfg. angenommen.**

### Politisches.

Niemals haben die Regierungen so gewaltige Anstrengungen gemacht, den Frieden zu erhalten, als in unseren Tagen. Sie besitzen hierzu nur ein Mittel, aber sie wenden es täglich und überall an: sie verstärken die Armeen. Nicht zum Kriegführen braucht man die Heere, Gott bewahre! Verleumdung wäre es, freche Erfindung schamloser Zeitungsschreiber, zu behaupten, daß die unausgesetzte Vermehrung der Streitkräfte aller Staaten irgend einen anderen, als den allerfriedlichsten Zweck hätte. Nur dem Frieden, diesem kostbarsten aller Erdengüter allein, dienen denn auch die Vorschläge, die soeben Preußen im Bundesrathe eingebracht hat, das Reichsheer Deutschlands um so viele Tausende neuer Streiter zu vermehren. Schon jetzt halten in Europa 5 Millionen bewaffneter Männer Wache, daß nur Niemand den zarten Schlaf des Friedens störe; 2000 Millionen Mark sind jährlich für Heer und Flotte nothwendig, um sie in ihrem Friedensstande zu erhalten. Das genügt aber nicht. Schon lange munkelte man, daß in Deutschland eine weitere starke Anspannung des Militäraufwandes bevorstehe. Nun ist die Bombe geplatzt. Auf eine solche Vermehrung aber war Niemand gefaßt. 11 neue Infanterie- und 2 neue Artillerie-Regimenter, sowie ein neues Pionnier-Bataillon, außerdem die Vermehrung der bereits bestehenden Artillerie-Regimenter um 32 Feld-Batterien, d. h. also 45—50,000 Mann neue Streiter — das ist die militärische Seite der Forderung; die finanzielle besteht zunächst in 26,700,000 Mark, welche die Errichtung dieser neuen Formationen kostet und in der Erhöhung des Militärbudgets um jährlich 17,160,000 Mark, die zur Erhaltung derselben gebraucht werden. Damit aber nicht genug. Da die Bevölkerung Deutschlands sich dauernd vermehrt und gesetzlich 1 Proc. derselben zu den Waffen einberufen wird, so legt man eine spätere Volkszählung als die von 1871, nämlich die von 1875, zu Grunde und erhöht die Friedenspräsenzstärke von 401,000 auf 427,250 Mann. Dieses neue Militärgesetz soll ebenfalls 7 Jahre dauern und zwar von Anfang April 1881 bis Ende März 1888. Was nach 1888 das deutsche Reich für Bescheerungen erwarten, das schlummert einstweilen noch unenthüllt im Schooße der Zukunft. Einstweilen wird das Volk Mühe genug haben, die Vermehrung der Infanterie-Bataillone von 469 auf 503, der Artillerie-Batterien von 300 auf 340 aus seinem Geldbeutel zu bestreiten. Zur Rechtfertigung dieser Verstärkungen führt Preußen folgende Vergleichung ins Feld:

| | Deutschlands: | Frankreichs: | Rußlands: |
|---|---|---|---|
| Infanteriebataillone | 469 | 641 Bataillone u. 326 Depot-Komp. | 897 |
| Eskadrons | 465 | 392 | 406 |
| Feldbatterien | 300 | 437 | 373½ |
| Fuß-Artillerie-Komp. ꝛc. | 116 | 57 | 210 |
| Pionnier-Kompanien | 74 | 112 | 96 |

In dieser Zusammenstellung sind die Lokal- und irregulären Truppen Rußlands nicht eingerechnet. Das Mißverhältniß zwischen den Infanterie-Formationen Deutschlands und seiner Nachbarn tritt bei Vergleichung der planmäßigen Kriegsstärke noch stärker hervor. Den 923 Linien-, Landwehr- und Ersatz-Bataillonen Deutschlands stellt nämlich das französische Heer 1266 solcher Bataillone, 20 Kompagnien der chasseurs forestiers und 20 Bataillone der douaniers entgegen, während Rußland 1484 Linien-, Reserve- und Ersatz-Bataillone zu stellen vermöchte. Ein ähnliches Verhältniß besteht in Betreff der Feld-Artillerie. Die verhältnißmäßig zahlreiche Kavalerie Deutschlands ist durch seine eigenthümliche centrale Lage bedingt, welche die Möglichkeit eines gleichzeitigen Krieges auf mehreren Fronten nicht ausschließt — eines Krieges, welcher mit Erfolg nur durch energische Offensiv-Operationen geführt werden könnte, die ihrerseits ohne eine zahlreiche, weithin aufklärende und die eigenen Bewegungen verdeckende Kavalerie undurchführbar sein würden. Derselben centralen Lage ist die Nothwendigkeit einer gleichzeitigen Besetzung zahlreicher Festungen und das Bedürfniß einer entsprechenden Verstärkung derjenigen Waffengattungen, welche keine Festung entbehren kann, der Fußartillerie und der Pionniere beizumessen.

Von dem Bundesrathe erwartet Niemand, daß er sich dieser Vermehrung der Streitkräfte widersetzt; einigermaßen, aber nicht gerade sehr zweifelhaft dünkt uns das Verhalten des Reichstages. Ob das Volk im Stande ist, die Kosten dieser Rüstungen zu tragen, darf man bezweifeln. Wo soll schließlich das Geld herkommen? Alle die neuen Steuern hatten also den ausgesprochenen Zweck, die Mittel für die Heeresvermehrung zu beschaffen. Es fällt uns nicht ein, alle die Gründe gegen dieses ununterbrochene Höherspannen des Militäretats ausführlich zu wiederholen. Sie sind Jedermann geläufig. Man könnte bitter werden und fragen: wie so denn die Versicherungen aller Thronreden, aller Staatsmänner, aller offiziellen Zeitungen von der großen Periode des Friedens, der Europa entgegengehe, ernst gemeint seien? Ob denn das viel gerühmte deutsch-österreichische Bündniß, „das den Frieden Europas verbürgt", so ganz werthlos sei und nicht wenigstens der ununterbrochenen Vermehrung der Streitkräfte vorbeuge? Doch lassen wir diese vorwitzigen Untersuchungen. Nur das Eine sei constatirt: Europa lebt eigentlich gar nicht mehr in richtigen Friedenszeiten. Das was wir Friede nennen, ist im Grunde nur eine Vorbereitung zum Kriege, ist nur eine andere Form des Krieges selbst. Vertrauen auf regelmäßigen Geschäftsgang kann sich da nicht einbürgern und statt daß Handel und Wandel sich beleben und dem Staate die Mittel immer reichlicher zur Verwirklichung seiner Culturzwecke zur Verfügung stellten, leben sie nur vom Raube des Augenblickes. Auf die Dauer ist der Militarismus nicht zu ertragen, er wird sicherlich an seinem eigenen Uebermaß zu Grunde gehen. Aber — und das ist das Traurige dabei — während der Bürger und Landmann mit bangen Blicken beobachtet, zu welchen Anforderungen an sein Hab und Gut die Militärgewaltigen in Berlin sich für berechtigt halten, freuen sich über diese Maßregeln nur die unheimlichen Elemente, denen die Verarmung der Völker der willkommenste Vorwand ist, um ihre verbrecherischen Umsturzpläne als Universalheilmittel gegen die Schäden der Zeit zu empfehlen.

Während in Berlin dem Bundesrathe die Bewilligung gleich von Dutzenden von Millionen für Kriegszwecke angesonnen wird, sehen wir im sächsischen Landtage die Abgeordneten sich einer löblichen Sparsamkeit im Einzelnen und Kleinen befleißigen. Während die 11 neuen Infanterie-Regimenter und die 42 neuen Batterien Schaaren von Mitgliedern des Landadels Stellen zu bieten und Carrièren zu eröffnen nebenbei mit bestimmt sind, erörtert man in mehrstündiger Rede im Dresdner Landhaussaale die Frage nach der Schaffung eines neuen Postens — ob derselbe einem adeligen oder bürgerlichen Beamten zugedacht sei, wird nebenbei mit gestreift. Wer Italien bereist hat, erinnert sich, wie oft unmittelbar an den goldprunkenden, mit Kunstschätzen geschmückten Palast eines Nobili die dürftigen Hütten armseliger Bettler angebaut sind. An diese schroffen Gegensätze, übrigens sans comparaison, wird man gemahnt, wenn man die Berliner Zumuthung, Elephanten zu schlucken und das Dresdner Bestreben, Mücken zu seihen, auf einer und derselben Zeitungsspalte neben einander liest. Zur Sache selbst wird es im Lande nur Zustimmung begegnen, daß die 2. Kammer nicht blos mit Worten, sondern auch in der That Sparsamkeit walten läßt. Für die Kunst- und die kgl. Sammlungen hatten die Abgeordneten in beiden Kammern kein Geld; soll man das an der Kunst Ersparte der Büreaukratie zuwenden? Richten wir in Sachsen unsere Verwaltung so ein, wie sie den jetzigen Zeiten des Deficits und der Steuererhöhungen entspricht. Es mag kleinlich erscheinen, in Löffeln bei uns zu ersparen, was man uns von anderswo in Scheffeln abholt; die Pflicht der Volksvertretung, den Daumen auf den Staatssäckel zu halten, bleibt überall die gleiche.

### Neueste Telegramme der „Dresdner Nachrichten."

**Berlin, 23. Januar.** Das Abgeordnetenhaus setzte die zweite Lesung des Feld- und Forstpolizeigesetzes fort und nahm die §§ 9 bis 24 theils in der Kommissionsfassung, theils mit einschränkenden mildernden Amendements an.

### Locales und Sächsisches.

— Der vorgestrige Hofball (Kammerball) war von 250 Personen besucht. J. M. die Königin erschien in einem Kleide von hellblauem Atlas mit reicher Perlenstickerei, Ueberwurf von demselben Stoff à mille fleures, Blumen und Brillantsterne im Haar. J. K. H. Prinzessin Georg trug eine Robe von hellgrünem Atlas mit Spitzen garnirt. Prinzessin von Weimar eine Robe von weißem Damast mit Guirlanden von weißen Akazienblüthen und mit reichem Brillantschmuck.

— Der Feuerwerks-Premierlieutenant Schleinitz ist zum Feuerwerkshauptmann, der Zeuglieutenant Jacob zum Zeug-Premierlieutenant und der Zeugfeldwebel Kleiner zum Zeuglieutenant ernannt worden.

— Der in Pension tretende bisherige Kommandeur der 3. Inf.-Brig. Nr. 47, Generalmajor von Tettau hat den Generalleutnants-Charakter erhalten.

— Landtag. Sitzung der zweiten Kammer am Donnerstag Abend. Berathungsgegenstand: Das Budget des Ministeriums des Innern. Zu den Amtshauptmannschaften spricht zunächst Vicepräs. Dr. Pfeiffer. Man könne unsere Amtshauptmannschaften in zu große, normale und zu kleine Amtshauptmannschaften eintheilen. Letztere würden die fertig, weil sie zu wenig zu thun hätten; sie gelangten zu Bielregierereel. Er wolle keinen Antrag auf Verkleinerung der zu großen und Vergrößerung der kleinen stellen, aber er ersuche die Regierung, auf eine Ausgleichung bezüglich der Beamten hinzuwirken. Hierauf wurde in die Debatte über die Theilung der Dresdner Amtshauptmannschaft eingetreten. Referent Abg. von Oehlschlägel theilte eine Petition aus dem Amtsbezirke Tharandt mit, welche für Theilung, jedenfalls aber dafür plaidirt, daß der betr. Bezirk direkt an die Dresdner Amtshauptmannschaft verwiesen werde. Abg. Grahl bittet, zum ersten Fehler nicht noch einen zweiten zu machen, wie es die Theilung der Amtshauptmannschaft Dresden wäre. Ihm sei nicht bekannt, daß Amtshauptmann Berndt seine Arbeiten einmal nicht habe bewältigen können. Auch die Delegation Döbeln sei nicht überlastet; deren Leiter habe selbst noch zur Erfüllung von Aufgaben, die nicht eigentlich, streng genommen, mit den Delegationsgeschäften zusammenhingen, genügend Zeit. Er wünsche, daß die Regierung wenigstens einmal den Versuch mit einer Zusammenlegung der Dresdner Amtshauptmannschaft mit der Delegation Döbeln machen möge. Abg. Berndt erklärt, daß es ihm persönlich sehr unangenehm sein würde, eine seiner Gemeinden herzugeben. Aber das sei nur persönlich. Er halte auch die Aufhebung der Döblener Delegation für dringend geboten. Wer einmal etwas bei der Delegation zu thun habe, der fahre lieber nach Dresden, wo er noch mehr Geschäfte zu besorgen habe ꝛc., als nach Döbeln zu gehen. Aber wenn man die Delegation aufhebe, dann erwachse dem Dresdner Amtshauptmann, möge er auch noch so talentirt und fleißig sein, eine zu große Arbeitslast, so daß eine Trennung der Dresdner Amtshauptmannschaft geboten sei. Abg. Liebknecht, der s. Z. im Dresdner Wahlbezirk erfolglos gegen Berndt candidirt hatte, erklärt es als eine Wahlbeeinflussung, daß sich ein Amtshauptmann zum Landtagsabgeordneten aufstellen lasse. Es schicke sich nicht, daß Beamte in der Kammer säßen und Richter in eigener Sache seien. Präs. Haberkorn: Das Kapitel werden wir heute nicht erschöpfen. Abg. Philipp spricht dem Herrn Collegen Berndt Muth zu. Er möge es nur einmal versuchen, auch noch die bisherige Döblener Delegation mitzuverwalten. Es werde schon gehen. Die früher von ihm erhobenen Klagen hätten sich, wie er ausdrücklich constatire, jetzt erledigt, namentlich seien ihm Klagen über Baugenehmigungs-Verzögerungen neuerdings nicht vorgekommen. Man solle aus Sympathien für ihn (den Abg. Philipp, Heiterkeit), der er vom rechten Elbufer sei, keine zweite Amtshauptmannschaft schaffen, damit ihm sein Amtshauptmann erhalten bleibe. Abg. Uhlemann ist für Trennung. Der Grahl'sche Vorschlag würde nur Unruhe verursachen. Abg. Dr. Stephani ist eben der wünschenswerthen Stabilität wegen gegen Theilung. Nach erst sechs Jahren empfehle es sich nicht, neue Bezirke zu bilden. Er fürchte daß die kleineren Gemeindekreise jetzt mehr regiert werden als sonst. Die vom Abg. Berndt gegebene Mittheilung über die Stärke der Registrande könne gar keinen Maßstab für die Arbeitslast geben. Gehen wir nicht jeden Landtag auseinander, ohne eine neue Behörde geschaffen zu haben; fangen wir endlich einmal mit Sparen an! Abg. Penzig: Die Amtshauptleute brauchten nicht den Pferdemusterungen den ganzen Tag beizuwohnen. Staatsminister v. Nostitz-Wallwitz erklärt auf eine Bemerkung des Vorredners, daß er es noch immer für wünschenswerth erachte, daß sich Verwaltungsbeamte nicht in einer Weise an Wahlagitationen betheiligen, die sich nicht mit ihrer Stellung vertragen. Er habe betreffs der Wahlen keine Instruktionen an die Behörden erlassen; die Wahlen seien völlig unbeeinflußt vor sich gegangen. Natürlich verwendet sich der Minister mit Feuereifer für die Anstellung eines neuen Amtshauptmanns, protestirt aber gegen den Artikel eines „Winkelschriftstellers" in einem hiesigen Blatte, der behauptet habe, er wolle damit nur für einen Adligen eine neue Stelle schaffen. (Der Minister vermuthet wahrscheinlich in dem Verfasser jenes Artikels einen Beamten aus dem Ministerium selbst, den er mit jener leidenschaftlichen Bezeichnung treffen wollte. Am Tage nach dem Erscheinen des Artikels ist uns von einem anderen Schriftsteller aus demselben Ministerium auf Befehl Sr. Excellenz je oft ein gegen den ersten Artikel polemisirender zweiter zugestellt und von uns abgedruckt worden. D. R.) Abg. Philipp legte Verwahrung dagegen ein, als könne sich die Kammer nicht ein selbstständiges Urtheil bilden. Auf eine weitere Bemerkung des Ministers entgegnete er, derselbe habe ihm schon vor einem Jahre einmal seine landwirthschaftliche Thätigkeit vorgeworfen; er beanspruche Kraft seines Mandats als Landtagsabgeordneter, hier seine Ansichten nach seinem einfachen Verstande aussprechen zu dürfen. Abg. Ackermann erklärte es als erfreulich, daß Beamte der Kammer angehören; er möchte deren Rath nicht entbehren. Abgg. Berndt und Uhlemann für Theilung. Abg. Penzig dagegen. Es sei nicht nöthig, daß der Amtshauptmann den ganzen Tag über bei den Pferdemusterungen dabei sei. Abg. Ahnert bat um Geschäftserleichterung im Verkehr zwischen den Bürgermeistern mittlerer und kleinerer Städte und den Amtshauptleuten. Abg. May wünschte die Bezirksausschuß-Mitglieder mehr mit auswärtigen Lokalerörterungen betraut zu sehen. Dr. Schaffrath sieht den Amtshauptmann Berndt sehr gern in der Kammer, lieber aber sieht er ihn noch auf der Amtshauptmannschaft, da er sich von dessen hochersprießlicher Thätigkeit als Amtshauptmann überzeugt habe. Abg. Dr. Heine schließt seine Rede wie folgt: Zu den Pferdemusterungen gehöre der Amtshauptmann und deshalb — sei er gegen Theilung (Heiterkeit). Hierauf wurde die Theilung der Dresdner Amtshauptmannschaft mit 46 gegen 38 St. abgelehnt (dagegen stimmte die Linke und eine Anzahl bäuerlicher Abgeordneter der Rechten) und die Auf[illegible] amtshauptmannschaftl. Delegation zu Döbeln gegen 25 St. [illegible] Noch entspann sich eine längere Debatte über die Dre[illegible] Kunstgewerbeschule und deren Leiter, den Hofrath Graff. Abg. Walter unterwarf das Institut einer eingehenden Kritik und glaubte, ihn vor Ueberhebungen warnen zu sollen. Es werde jetzt zu viel Gewicht auf Styl gelegt und man thue, als sei früher gar nichts geleistet worden, als sei erst seit der Begründung der Kunstgewerbeschule eine neue Aera für das sächsische Handwerk angebrochen. Die Abgg. Roth, Penzig, Grimm und Stauß traten für die Kunstgewerbeschule ins Feld. Dieselbe sei ein Segen für Sachsen. Staatsminister von Nostitz-Wallwitz entgegnete, es sei möglich, daß Jemand, der nur in großen Kreisen zu wirken gewöhnt sei, sich leichter zu einer Ueberhebung verleiten lasse. Er wünsche sich noch heute Glück dazu, den jetzigen Director des Kunstgewerbemuseums gewonnen zu haben. Die einzelnen Postulate wurden ganz und gar nach den Deputationsvorschlägen angenommen.

— Kammersitzung am Freitag. Beim „Landgestüt" bemerkte gestern Abg. Philipp, der Landeskulturrath lege zu viel Gewicht auf das verfehlte Körungsverfahren, wie es im Norden Deutschlands bestehe; durch dasselbe werde die bürgerliche Freiheit beschränkt. v. Oehlschlägel bestritt dies. Es solle Niemand zur Körung seiner Pferde gezwungen werden. Zur „technischen Beaufsichtigung der Fabriken und Dampfkesselanlagen" wurde ein Antrag des Abg. Niethammer: das Ministerium des Innern wolle die in Sachsen zugelassenen Dampfkessel-Ueberwachungsvereine zur Vornahme der Prüfung von Dampfkesseln mittelst Wasserdrucks ermächtigen, der Regierung zur Erwägung überwiesen. Weiter wurde die Regierung noch ersucht, dem nächsten Landtage eine Vorlage über die Gebührensätze für Dampfkessel-Revisionen zugehen zu lassen. — Die letzte Explosion bei der Berathung über das Departement des Innern gab es gelegentlich des Etats für die k. Polizeidirection zu Dresden. Hier werden sechs neue Registratoren gebraucht, die auch bewilligt wurden. Abg. Liebknecht erklärte, der Personaletat sei zu hoch, weil die Leute zu überflüssigen Diensten verwendet würden. Die vorwiegend sozialistische Bevölkerung Dresdens (Oho!) werde systematisch aufgereizt. Weil man die Sozialdemokraten nicht todtschlagen könne, so suche man ihnen auf andere Weise beizukommen. Nachdem sich die Polizei zum Spioniren hergegeben, sei kein Haus mehr vor ihr sicher. Der Kammer sollten demnächst einige der flagrantesten Fälle mitgetheilt werden. Jeder, der nur irgend mit Sozialdemokraten in Berührung stehe, werde verfolgt. Vor Allem aber verfolge man die Führer. Er selbst sei von 10 bis 12 Polizeibeamten, die man zu solchen nichtswürdigen Diensten brauche, bis in's Landhaus hinein verfolgt worden. Die geheime und politische Polizei sei ein Schandfleck für Dresden, dessen Beseitigung er wünsche. Hier sei es am tollsten. Selbst das Briefgeheimniß werde nicht respektirt. Komme eine verdächtige Sendung aus der Schweiz oder aus England an einen hiesigen Sozialdemokraten, so notifizire dies die Post der Polizei, die gerade in dem Augenblicke, da der Briefbote komme, eine Haussuchung veranstalte, wobei der Brief gleich mit beschlagnahmt werde. Man wolle damit der Organisation der Sozialdemokraten auf die Spur kommen. Sie hätten allerdings eine Organisation, die der Verfolgten. Aber alle Verfolgungen würden nur dazu dienen, sie fester zusammenzuschweißen. Präsident Haberkorn ruft den Redner wegen seiner Behauptungen: die Polizei müsse nichtswürdige Dienste verrichten, und: die geheime und politische Polizei sei ein Schandflecken, zur Ordnung. Abg. Penzig stellte entschieden in Abrede, daß Dresden vorwiegend sozialdemokratisch gesinnt sei. Er bitte die Polizei, künftig, wenn von sozialdemokratischer Seite wieder versucht werde, Versammlungen zu sprengen, gefälligst einschreiten zu wollen. Dann werde ihr auch seitens des Publikums die nöthige Unterstützung werden. Geh. Rath Körner wies die Beschuldigungen Liebknechts gegen die hiesige Polizei zurück; dieselbe verfahre gesetzmäßig. Habe sie dennoch einmal ihre Competenz überschritten, dann habe die Oberbehörde sofort für Abstellung gesorgt. Abg. Walter: Wenn alle Behauptungen der Sozialdemokraten so wahr seien, als die des Abg. Liebknecht über die angebliche sozialistische Gesinnung der Dresdner Einwohnerschaft, so sei auf dieselben gar nichts zu geben. Das Reichstagswahlergebniß in Altstadt sei nur auf die Indifferenz der Wähler zurückzuführen. Die Dresdner Polizei verdiene eher-